

Die „Welt“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Druckband bezogen für Deutschland und Österreich 18.— M., für das übrige Ausland 24.50 M. zuzüglich Saldo-Kaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 18.— Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 54.

Die achtgrößte Konpartei der Arbeiterbewegung kostet 5.— M. einschließlich Steuerzuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Zusätzliche Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das fertige Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

# Die Welt

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Ein letzter Rettungsversuch

### Vor einem neuen Angebot Simons über die Verständigungsmöglichkeit

Paris, 10. April.

Der „Matin“ bringt nachstehenden Bericht über eine Unterredung des Reichsministers Dr. Simons mit seinem Vertreter Saerwein in Bern: Ich kann Ihnen keine genauen Vorschläge mitteilen, einmal, weil es nicht schicklich wäre, etwas derartiges auf dem Wege der Presse zu tun, und dann, weil ich, da ich seit zwei Wochen von Berlin abwesend bin, erst Rücksprache mit dem Reichskanzler und meinen Kollegen nehmen muß, bevor ich irgend etwas sage. Wir müssen verhandeln, bevor wir neue Angebote machen, die zu einer neuen Ablehnung führen könnten, was bei der augenblicklichen Spannung eine schwere Gefahr wäre. Ich habe nicht versucht, ein Eingreifen der Vereinigten Staaten zu erlangen. Mein Zweck bei Uebersendung des Memorandums war einfach, den deutschen Standpunkt gegenüber dem der Alliierten auseinanderzusetzen, der ja besonders in der letzten Rede von Lloyd George begründet wurde. Was mich betrifft, so erinnere Sie sich, daß ich in Spaa unseren Willen, die verwüsteten Gebiete aufzubauen, klar ausgesprochen habe. Ich handelte so in Uebereinstimmung mit allen meinen vorher im Reichstag oder anderswärts abgegebenen Erklärungen. Aber es handelt sich nicht nur um den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete. Frankreich will ohne Zweifel Geld haben. Das ist viel schwieriger, denn Geld haben wir nicht. Wir müssen uns welches verschaffen, was große Schwierigkeiten macht. Wir können das Problem nur durch eine Verständigung mit Frankreich lösen.

In der Reparationsfrage ist Frankreich die beherrschende Macht, es leitet die Alliierten. Ich bin vollkommen davon überzeugt, daß keiner seiner Verbündeten es daran hindern wird, seine Geschäfte selbst in die Hand zu nehmen und immer schärfere Zwangsmassnahmen anzuwenden. Wenn es uns niederdrücken will, kann es das. Ich habe niemals auf die Uneinigkeit unter den Alliierten gerechnet. Also man muß mit Frankreich verhandeln; aber ich glaube nicht an die Methode von Paris und London. Man muß neue Grundlagen suchen und neue Verhandlungsarten. In Brüssel war man auf einem guten Weg. Unglücklicherweise ist diese Art der geschäftlichen Unterhaltung, die hauptsächlich war, nicht bis zu einem Schluß fortgesetzt worden. Unsere Sachverständigen haben nicht die Erlaubnis erhalten, den Thesen zu antworten, und nach meiner Ansicht hat man die Konferenz, von der man soviel sprach und die zu nichts führen konnte, viel zu häufig betrieben. Ich habe andere Thesen in London, so wie ich instruiert war, entwickelt. Ich hatte kein Recht, den in Paris vorgeschlagenen abänderungsfähigen Faktor anzunehmen, und ich konnte weder einen anderen vorschlagen, noch anregen, die Frage einer Konferenz von Sachverständigen zu überweisen. Man hätte sonst geglaubt, daß ich den Grundgedanken der abänderungsfähigen Annuitäten selbst ablehne. Das ist nicht richtig. Nach meiner Ansicht

gibt es eine Möglichkeit,

in kurzer Zeit etwas Ähnliches zu finden. Ich bin in London weiter gegangen, als es mit meiner Instruktion vereinbar war, weil ich ein Mann bin, der viel mehr das Gefühl unserer Verpflichtungen hat, als diejenigen, die ihre Blicke hauptsächlich auf die innere Politik lenken. Die Zahlungsfähigkeit eines Landes unterliegt nicht nur technischer Beurteilung, sie ist auch eine psychologische Frage, denn die Arbeitsbedingungen spielen dabei eine sehr wichtige Rolle. In dieser Hinsicht bin ich viel optimistischer, was Deutschland anbetrifft, als viele andere. Aber das Abkommen, was man treffen will, muß im weitesten Maße diesem psychologischen Faktor Rechnung tragen. Genaueres kann ich Ihnen nicht sagen, bevor ich nicht mit meinen Kollegen gesprochen habe. Ich spreche hier im persönlichen Namen und etwas zusammenhanglos, aber ich hoffe, daß Sie trotzdem die Grundgedanken erkennen, von denen ich mich leiten lassen will. Ich kann Ihnen sagen, daß ich nicht Minister in einer Regierung bleiben würde, die nicht den absoluten Willen hat, ihre Verpflichtungen bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit Deutschlands zu erfüllen. Uebrigens bin ich der Ansicht, daß wir in wenigen Tagen in unwiderlegbarer Weise unseren guten Willen beweisen werden. Ich bin überzeugt, daß das französische Volk es vorziehen wird, unseren guten Willen auf die Probe zu stellen, als durch den Druck der Waffen einen schon entwaflneten Gegner, ohne daß jemand Anhang daraus ziehen könnte, zuzunehmen zu richten. Die Ausdehnung und Fortsetzung der Zwangsmassnahmen, deren psychologischen Wirkung ich in der öffentlichen Meinung Frankreichs sehe, würde eine ungeheure Gefahr nicht nur für mein Vaterland, sondern auch für ganz Europa bedeuten.

In den vorstehenden Ausführungen werden also neue Verhandlungen angekündigt. Der einseitige Standpunkt, man müsse warten, bis die Entente neue Vorschläge mache, ist endlich aufgegeben. Es hängt nun alles davon ab, daß das neue Angebot tatsächlich so beschaffen ist, daß es den

ernsten Willen zum Wiederaufbau und zur Wiedergutmachung erkennen läßt. Herr Dr. Simons sagt, er sei nicht gewillt, in einer Regierung zu bleiben, die nicht ihre Pflicht bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erfüllen will. Der Inhalt des neuen deutschen Angebots muß diesen Worten entsprechen und weder die Schwerindustrie noch die Nationalisten dürfen ihren Einfluß, der bis nahe an die Katastrophe herangeführt hat, jetzt wieder geltend machen.

Die Gelegenheit zu einem neuen Angebot dürfte sich wahrscheinlich aus Verhandlungen mit der Interalliierten Wiedergutmachungskommission ergeben.

Die deutsche Öffentlichkeit muß sich endlich darüber klar werden, daß es sich um einen Rettungsversuch in letzter Stunde handelt. Die Situation ist bitterer als nichts törichter, als die Drohungen der französischen Regierung leicht zu nehmen oder auf irgendeine Hilfe von anderer Seite zu hoffen. Namentlich scheinen zwischen England und Frankreich ganz bestimmte Abmachungen zu bestehen, die Frankreich die restlose Unterstützung Englands sichern. Die „Wossische Zeitung“ berichtet über ein umfangreiches Abkommen zwischen England und Frankreich, in dem England den Franzosen jede notwendige militärische Hilfe gegen Deutschland zusichert. Dafür gibt Frankreich England in einem wesentlichen Teil Vorderasiens freie Hand, verzichtet auf eine eigene Politik in Rußland und sichert Großbritannien seine Waffenhilfe mit der ganzen Flotte für den Fall eines englischen Konflikts mit irgendeiner überseeischen Macht zu.

Daß ein solches Abkommen tatsächlich getroffen worden ist, halten auch wir für sehr wahrscheinlich. Es kommt hinzu, daß Frankreich bei einem Vorgehen gegen Deutschland auch die polnische und tschechoslowakische Unterstützung (Bauern!) gewiß ist. Eine Täuschung über die Machtverhältnisse ist also wirklich nicht möglich. Es bleibt nur die Wahl zwischen der Katastrophe und der sofortigen Aufnahme von Verhandlungen im Geiste fester Entschlossenheit, zu einer Vereinbarung zu kommen. Für eine vernünftige Politik gibt es also in Wirklichkeit keine Wahl.

## Der kritische 1. Mai

Paris 11. April.

Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, findet heute eine Beratung zwischen den Ministern Doumer und Loucheur und dem Vorsitzenden des Reparationsausschusses Du Bois statt, um das Datum festzusetzen, an dem Deutschland den Gesamtbetrag seiner Schuld mitgeteilt werden soll, was die Pensionen und Schäden anbetrifft. Auch werde die Kommission den Restbetrag mitteilen, den Deutschland am 1. Mai 1921 von dem Betrage von 20 Milliarden Goldmark zu entrichten habe.

„Petit Parisien“ teilt ferner mit, Sachverständige der verschiedenen Finanzabteilungen wählten, welche eventuellen wirtschaftlichen Sanktionen in den neu beschlagnahmten Gebieten nach dem ersten Mai in Kraft treten könnten. Man denke an die Erhebung einer Steuer auf die Kohlenproduktion im Ruhrgebiet. Obwohl eine Steuer dieser Art nicht möglich sei, die Annuitäten zu ersetzen, die Deutschland schulde, könne sie doch bei einer Produktion von 90 Millionen Tonnen beachtenswerte Ergebnisse zeitigen.

## Die neue Zollgrenze am Rhein

Die Entente hat jetzt die Verordnung über die neue Zollgrenze erlassen, durch die die Rheinlande von dem unbefetzten Gebiet wirtschaftlich vollkommen getrennt werden sollen. Die Verordnung, die am 20. April in Kraft tritt, bestimmt als die Ostgrenze des befestigten Gebietes fast durchweg den Rhein. Sie schließt allerdings im Norden die Häfen Ruhrort und Duisburg, sowie den Brückenkopf am Düsseldorf und den Brückenkopf Cöln ein. Zwischen Koblenz und Mainz verläuft die Zollgrenze ebenfalls auf dem rechten Rheinufer, um dann bis zur elbischen Grenze vollkommen dem Rheinfluss zu folgen.

Die Waren, welche über diese Zolllinie in das befestigte Gebiet eingeführt werden, unterliegen mit einigen Ausnahmen einer Zollabgabe in Höhe von 25 Prozent der Zölle, welche in dem gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Zolltarif vorgesehen sind, aber berechnet in Gold. Die ausgeführten Waren unterliegen einem Ausfuhrzoll in der vollen Höhe der Zölle des jetzigen deutschen Zolltarifs, werden aber in Papiermark verrechnet. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit einer Geldstrafe bis zu 500 000 Mark und mit Gefängnis bis zu fünf Jahren oder mit einer dieser beiden Strafen belegt.

## Sunjatsen — Präsident

London, 11. April.

Die Witter melden aus Schanghai, daß die südliche (Kanton-) Regierung auf einer Sonderkongress Sunjatsen zum Präsidenten der chinesischen Republik ernannt habe.

## Die Partei der Niederlage

Die Erkenntnis, daß die frivol vom Jaune gekochene kommunistische Putschaktion die Reihen der kommunistischen Partei in die größte Verwirrung gebracht und eine Massenflucht der Mitglieder heraufbeschworen hat, veranlaßte die kommunistische Parteileitung, den Zentralaussschuß der K. P. D. einzuberufen, um zu den jüngsten Ereignissen Stellung zu nehmen. Der Zentralaussschuß hat nach zweitägigen Beratungen mit 26 gegen 14 Stimmen eine Reihe von Beschlüssen angenommen, die die Zentrale zur Märzaktion aufgestellt hatte und die diese Aktion ausdrücklich billigen. Eine Resolution, die der Aktion die Mißbilligung aussprach, wurde mit 44 gegen 6 Stimmen, bei drei Stimmenthaltungen, abgelehnt. Das Mitglied der Zentrale, Sievers-Berlin, der sich auf den Boden der Rinderhelt gestellt hatte, mußte aus der Zentrale ausscheiden. Ein Antrag auf sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitag wurde vom Zentralaussschuß abgelehnt. Die Zentrale ihrerseits erklärte ihre Bereitwilligkeit, einen Parteitag einzuberufen, „so rasch als die Verhältnisse es erlauben“. Der Zentrale wurde weiter in besonderer Abstimmung die Vollmacht erteilt, „die organisatorischen Maßregeln zu treffen, um die Partei auf die größte Kampfkraft einzustellen“.

Durch die hier wiedergegebenen Beschlüsse hat die leitende Körperschaft der Vereinigten Kommunistischen Partei den Beweis erbracht, daß sie aus der jüngsten Niederlage nicht nur nichts gelernt, sondern die permanente Niederlage zum Hauptprinzip der Partei erhoben hat.

Trotz der starken Gegnerkraft in seinen eigenen Reihen (16 gegen 24) hat der zum überwiegenden Teil aus Parteibureaukraten bestehende Parciausschuß nicht den Mut gefunden, eine Aktion zu verurteilen, deren ganze Anlage und Durchführung notwendigerweise eine heftige Niederlage heraufbeschworen und die schwersten Schädigungen für die gesamte Arbeiterbewegung nach sich ziehen mußte. Er wiederholt vielmehr die bloßsinnige Ausrufung, daß nicht die kommunistische Partei, die diese tolle Aktion entfesselte, sondern die anderen sozialistischen Parteien durch ihre Nichtunterstützung die Niederlage verschuldet hätten.

Der Parciausschuß findet auch nicht den Mut, von jenen Attentaten und Verbrechen abzurücken, die das kommunistische Abenteuer der beiden kommunistischen Parteien sinngemäß ergänzen. Er sucht vielmehr in unerschöpflicher Weise den wahren Sachverhalt zu verschleiern, indem er davon spricht, daß der Einzelterror, die Sabotage, die Dynamitattentate, die sich ergänzenden und gegenseitig bedingenden Pole der „Verzweiflung am revolutionären Massenkampf“ waren, ohne auch nur mit einem Wort darauf hinzuweisen, daß die Terrorakte, die Sabotage und die Dynamitattentate Bestandteile jenes angeblich „revolutionären Massenlampes“ waren, den die beiden kommunistischen Parteien entfesselt hatten. Die Folgen dieser verbrecherischen Handlungen, die endloses Leid über zahlreiche Arbeiterfamilien gebracht haben, fallen deshalb voll und ganz den kommunistischen Parteien zur Last.

Wie verlogen der Versuch ist, die Schuld an der Niederlage von der kommunistischen Partei abzuwälzen und den anderen Parteien zuzuschreiben, geht schon daraus hervor, daß der Zentralaussschuß selbst zugestehen muß, daß die Umstände des Kampfes keineswegs ungünstig gewesen seien, und daß viele Parteimitglieder während der Märzaktion die „notwendige Disziplin“ nicht gehalten hätten. Mit voller Klarheit geht aus diesen Feststellungen hervor, daß die ganze Märzaktion nicht nur gegen jede bessere Einsicht, die die Ungunst der Verhältnisse klar erkennen ließ, sondern auch ohne Rücksichtnahme mit den breiten Kreisen der Parteigenossen unternommen wurde, die von den Befehlen der Zentrale überfallen wurden und ihnen naturgemäß die Gefolgschaft verweigerten.

Jetzt klagt die kommunistische Zentrale, die nach Hinanwurf aller halbwegs vernünftigen Elemente den Märzputsch am grünen Tisch beschloß, über die „Disziplinlosigkeit“ der kommunistischen Arbeiter, die ihren toten Beschlüssen kein Gehör schenkten, und der Zentralaussschuß stellt sich hinter diese Zentrale, indem er nicht nur ihre Handlungsweise billigt, sondern ihr auch noch größere diktatorische Vollmachten für die Zukunft verleiht. Es ist ein Stück aus dem Tollhaus, wenn die Herren aus der kommunistischen Zentrale, die sich zum größten Teil von jedem Kampf ferngehalten oder wohlweislich in Sicherheit gebracht hatten, jetzt über die kommunistischen Arbeiter schimpfen, die nach ihrer Ansicht nicht mit genügendem Eifer ihre Haut zu Markte getragen haben. Und es kennzeichnet nur den für die Interessen des Proletariats und die Revolution verhängnisvollen Charakter der kommunistischen Partei, wenn diese selben Parteibureaukraten, die sich als die Verfechter des „revolutionären Geistes“ betrachten, aus dem Zusammenbruch ihrer Aktion nicht die Lehre ziehen, daß sie zur Respektierung des Massenwillens der Arbeiter und zur Parteidemokratie zurückkehren müssen, sondern daß sie im Gegenteil danach streben, ihre Diktatur über das Proletariat nur noch mehr zu verstärken.

Ueberflüssig zu sagen, daß diese Stellungnahme der kommunistischen Zentrale und des Parciausschusses die notwendige Konsequenz der 21. Punkte und der Diktatur des Moskauer Exekutivkomitees ist. Die Äußerungen Sinowjews, die wir in der Sonntagausgabe wiedergegeben haben, zeigen deutlich, daß das Moskauer Exekutivkomitee die Stöcker-Brandlersche Putschaktion gegen die Richtung Levl-Zinlin-Däumig unterstützt und auch das Zusammengehen mit den anarcho-syndikalistischen Elementen, d. h. die Uebernahme der Führung durch den Räuber





